

Kade, Gerhard; Schiller, Günter; Stingl, Josef; Arendt, Walter

Article — Digitized Version

Grenzen der Ausländerbeschäftigung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kade, Gerhard; Schiller, Günter; Stingl, Josef; Arendt, Walter (1973) : Grenzen der Ausländerbeschäftigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 2, pp. 61-70

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134500>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Grenzen der Ausländerbeschäftigung

Noch in diesem Jahre soll die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik auf 3 Millionen anwachsen. Laut Bundeskanzler Willy Brandt haben wir uns damit einer „kritischen Grenze“ genähert. Wo liegt diese Grenze?

Gastarbeiterpolitik im Nebel

Gerhard Kade, Günter Schiller, Darmstadt

Im Verlauf des letzten Booms stieg die Ausländerbeschäftigung auf mehr als 2,3 Mill. Personen an. Mit dieser Rekordziffer wurde die Höchstmarke des vorhergehenden Konjunkturzyklus um ca. 1 Mill. übertroffen. Zusammen mit den Familienangehörigen leben über drei Mill. Ausländer in der BRD. War es Zufall, daß diese Ausländerwoge von einem vielstimmigen Human-Relations-Chor begleitet wurde? Zeigte sich hier ein allgemeiner Durchbruch sozialen Engagements, oder sollte die deutsche Bevölkerung darauf eingestimmt werden, daß sie in Zukunft noch ein wenig enger zusammenzurücken habe?

Wie auch immer: Presse, Rundfunk, Fernsehen, aber auch die politischen Institutionen hatten unseren neuen Nachbarn und Arbeitskollegen, den Gast-

arbeiter, entdeckt. Sie warben für Verständnis, Toleranz und Hilfsbereitschaft im täglichen Umgang mit ihnen, aber sie hoben zugleich hervor, wie nützlich, ja unabweisbar notwendig die arbeitsamen Gäste aus dem Süden für unser Wohlergehen seien. Ein Beispiel für viele: Die helfen uns – helfen wir ihnen? So lautete die Überschrift einer Reportage in „Brigitte“¹⁾. Es kamen die Untertitel: Ausländer arbeiten für unseren Wohlstand – Gastarbeiter sind hier ein Geschäft – Ausbildungskosten entstehen kaum – das meiste Geld bleibt im Lande, etc.

Die Kampagne folgte offiziellen Losungen. Hieß es doch in den „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ des beim Bundesministerium für Arbeit und Sozial-

¹⁾ Brigitte, Heft 1 (1972), S. 69–74.

ordnung ressortierenden „Koordinierungskreises Ausländische Arbeitnehmer“: „Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig“. Und weiter: „Die deutsche Bevölkerung ist über die Notwendigkeit und Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu unterrichten“²⁾.

Schätzungen des uns zuffließenden Wohlfahrtseffektes führten zu erstaunlichen Größenordnungen. Manche meinen, daß die Deutschen ohne die Beschäftigung von Gastarbeitern 50 bis 60 Stunden pro Woche arbeiten müßten, um ihre Real-

²⁾ Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, verabschiedet am 2. 2. 1970 vom „Koordinierungskreis und Länderausschuß“ Ausländische Arbeitnehmer beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn.

einkommen zu erhalten³⁾. Es war ausgemacht, daß wir nur den hilfreichen Kulis aus den Mittelmeerländern den freien Sonnabend verdanken.

In diesem Klima konnte die Jahrestagung 1971 der Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft Schlagzeilen machen mit der Forderung, durch die Seßhaftmachung von Gastarbeitern den drastischen Geburtenrückgang, den sogenannten „Pillenknicke“, auszugleichen. Unter dem Titel „Wissenschaftler ziehen Konsequenzen aus dem Geburtenrückgang – Der Staat soll Gastarbeitern die Einbürgerung erleichtern“, hieß es in der „Welt“: „Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik muß auf die Dauer mit Bevölkerungsreserven anderer Länder ausgeglichen werden. Nur so kann auch in Zukunft der Wohlstand gewährleistet bleiben“⁴⁾.

In einem Rundfunkkommentar wurde dann die Einordnung dieses Gedankens in die internationalen Austauschbeziehungen wie folgt vorgenommen: *Wir leisten Entwicklungshilfe, um in den Ländern der Dritten Welt die Folgen der Bevölkerungsexplosion zu mindern. Wir akzeptieren Entwicklungshilfe in Gestalt menschlicher Arbeitsleistungen, um die Folgen unseres Geburtenrückgangs auszugleichen“⁵⁾.*

Kaum ein Gedanke war zu abwegig – selbst die Sorge um künftigen Fußballruhm wurde bemüht –, um den Bundesbürgern das Zusammenleben mit Ausländern schmackhafter zu machen⁶⁾.

³⁾ Die Zahlen werden genannt in einer Arbeitshilfe zum ökumenischen Pfingsttreffen 1971 in Augsburg, bzw. in einer Schrift: *Warum brauchen wir Gastarbeiter?* Rosenheim 1971; Vgl. auch Ch. Rosenmöller: *Volkswirtschaftliche Aspekte der Ausländerbeschäftigung*. In: *Bundesarbeitsblatt* 4 (1970), S. 235.

⁴⁾ Die Welt, 19. 4. 1971 S. 1 (Hervorhebung im Text von uns). Allerdings ist zweifelhaft, ob diese Forderung wirklich und in dieser Form aufgestellt worden ist.

⁵⁾ J. Dingwort-Nusseck, Kommentar des NDR mit dem Titel „Entwicklungshilfe für Deutschland“, 20. 4. 1971.

Dämpfung der Zuwanderungseuphorie

Inzwischen – wiederum in bemerkenswerter Korrelation mit dem Konjunkturverlauf – hat sich die Stimmung gewandelt. Bereits im März 1972 hatte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Position bezogen, die zwar konkrete Aussagen vermied, aber doch die Zuwanderungseuphorie dämpfte. „Bei sich abschwächenden Vorteilen und steigenden Folgekosten wird schließlich ein Punkt erreicht, wo die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für eine Volkswirtschaft per Saldo keine neuen Wachstumsmöglichkeiten eröffnet.“⁷⁾

⁶⁾ Ebenda.

⁷⁾ Rede des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, im Rahmen der von der Financial Times veranstalteten Konferenz „Europe's Human Resources“ am 13. März 1972 in Düsseldorf.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Gerhard Kade, 41, lehrt an der TH Darmstadt politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie. Dr. Günter Schiller, 36, ist Dozent am Fachgebiet politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie.

Josef Stingl, 53, ist seit 1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Walter Arendt, 48, ist seit 1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Von 1964 bis 1969 war er Vorsitzender der IG Bergbau.

Hiermit war der Gedanke einer „kritischen Grenze“ geboren, nach deren Überschreiten sich das Vorzeichen in der Cost-Benefit-Rechnung umkehren soll. Inzwischen stöhnen Bischöfe und Berufsgenossenschaften, die Großstädte und die Innenministerien – aus jeweils anderen Gründen – über die Lasten des Ausländerproblems⁸⁾. Im Mai 1972 – vor den olympischen Spielen also – wurde vom Stadtentwicklungsreferat München eine Ausländerstudie vorgelegt, nach der die Stadt an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt sei⁹⁾.

Die magische Maßzahl ist bis jetzt noch nicht gefunden. In der Tat sind die Vorteile der Vergangenheit ebenso unbewiesen – und unbeweisbar – wie die Nachteile der Zukunft. Wie will man auch die größere Unfallhäufigkeit der Neulinge, um die sich die Berufsgenossenschaft sorgt, abwägen gegen die Schulprobleme der Dauerimmigranten, die die Großstädte belasten, oder die Sprachprobleme, die den Verfassungsschutz wegen?

Keine Entscheidungshilfe durch die Theorie

Sämtliche Versuche, mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Theorie und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine Entscheidung herbeizuführen, sind prinzipiell fehlgeleitet. Die traditionelle Volkswirtschaftslehre ist – in ihren pragmatischen Aspekten – ein Instrument zur Steuerung kapitalistischer Wirtschaft.

⁸⁾ Vgl.: Wende in der Ausländerpolitik. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 10. 10. 72, oder: Zustrom von Gastarbeitern am kritischen Punkt. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 11. 72. Siehe auch Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, 1971.

⁹⁾ Den Zustrom von Gastarbeitern steuern. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. 11. 72. Die Medien sind der neuen Lesart mit bemerkenswerter Findigkeit gefolgt. „So bleibt es ein bedenkllicher Luxus“, schreibt H. Vocke in der FAZ, „daß wir Arbeitskräfte aus arabischen Ländern einführen“, angesichts der Tatsache nämlich, daß im Bundesverfassungsschutz, in den Innenministerien und bei der Kriminalpolizei noch immer Beamte fehlen, die arabisch verstehen. (H. Vocke: Drei Millionen Gastarbeiter? In: FAZ, 12. 1. 1973).

ten, sie erweist sich als prinzipiell blind gegenüber Fragen der menschlichen Wohlfahrt. In der politischen Diskussion ist diese „Flexibilität“ sehr vorteilhaft. Lassen sich doch mit Hilfe der ökonomischen Theorie jegliche – und gerade auch konträre – Standpunkte untermauern. Wir können dies nur an wenigen Beispielen erläutern.

Betrachten wir etwa den Devisentransfer. Er wird – offenbar einem merkantilistischen Hamstersinn folgend – üblicherweise den Nachteilen der Ausländerbeschäftigung zugerechnet¹⁰⁾. Man kann aber auch die gegenteilige Position vertreten und darauf hinweisen, daß „die Transfers der ausländischen Arbeitnehmer in den letzten 10 Jahren eine erwünschte Entlastung für unsere Zahlungsbilanz bedeuten“¹¹⁾. Schließlich läßt sich eine vermittelnde Stellung beziehen, in der der Devisenabfluß als negativ rubriziert wird, jedoch „positiv“ gegengerechnet wird, daß die Ausländerbeschäftigung in der Exportindustrie diesen Devisenabfluß „überkompensiert“ habe¹²⁾.

Das Prinzip ist vielseitig anwendbar. Mit ihren Konsumausgaben sind die Gastarbeiter ein bedeutender Nachfragefaktor, ihr *geringer* Konsum erhöht die Sparquote und Kapitalbildung.

Neuerdings wird wieder die Betonung darauf gelegt, daß bei einem „anhaltenden Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern *möglicherweise* arbeitssparende Investitionen unterlassen werden“¹³⁾.

Vorher hieß es dagegen: „Wenn dabei im Einzelfall die Einstellung von zusätzlichen Ar-

beitskräften aus dem Ausland zu einer gewissen Milderung der notwendigen Umstrukturierung der Wirtschaft führen sollte, so kann auch dies wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch gesehen positive Auswirkungen haben“¹⁴⁾.

Verschlechterte Marktstellung der Arbeitnehmer

Die tradierten Aussagen der neoklassischen Theorie, die in den Lehrbüchern immer noch den Ton angeben, sind allerdings in jeder Phase ignoriert worden. Gehört es doch zur systemimmanenten Gerechtigkeit der Marktwirtschaft, daß die Produktionsfaktoren nach ihrer relativen Seltenheit entlohnt werden. Die Verknappung des Faktors Arbeit – auf biologische Weise durch Änderung des generativen Verhaltens, auf institutionellem Wege etwa durch die Methoden der Gewerkschaftspolitik – würde dazu beitragen, die Marktstellung des Arbeitnehmers zu verbessern und seinen Preis zu erhöhen.

Bei der quantitativen Mechanik der Wachstumstheorie muß eine Zunahme des Produktionsfaktors Arbeit konsequenterweise zu einer Verminderung der Kapitalintensität führen, damit auch Arbeitsproduktivität und Faktoreinkommen ermäßigen. Gerade die Stagnation der inländischen Erwerbsbevölkerung hätte somit ideale Voraussetzungen für ein „capital deepening“ und eine volle Ausschöpfung der Möglichkeit des technischen Fortschritts eröffnet. Zudem hätte eine Verknappung von Arbeitskräften die Einkommensposition gerade der unteren Sozialschichten aufbessern müssen und damit ein strukturelles und deshalb wirkungsvolles Moment der sozialen Angleichung freigesetzt. Auch eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung muß – wie es heißt – die Richtigkeit dieser Analyse nicht beeinträchtigen. „Der Geburtenrückgang in der

BRD setzt kein Warnzeichen für die Wachstumspolitik... Das auf die Bevölkerungszahl bezogene Sozialprodukt wird unter der augenblicklichen demographischen Situation der BRD sogar in seinem Wachstumstrend verstärkt“¹⁵⁾.

Der kritische Versuch, einen möglichen Beitrag der Gastarbeiterbeschäftigung für den Wohlstand der einheimischen Bevölkerung zu lokalisieren, bleibt notwendigerweise auf indirekte und partielle Abschätzungen beschränkt. Dabei müssen sowohl die Auswirkungen auf die materielle Versorgung wie auch die sozialen Implikationen im weiteren Sinn in Betracht gezogen werden.

Nützlich für die Kapitalgeber

Zweifellos fördern die Gastarbeiter das gesamtwirtschaftliche Wachstum, wie es durch die Kategorien und Rechenmethoden der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung definiert ist. Sie gestatten den Aufbau eines gigantischen Produktionspotentials. Sie halten auch wenig produktive Anlagen im Betrieb und erhöhen die Lebensdauer absterbender Branchen. Auf der Produktionsseite bilden die Einfuhr von Rohstoffen und Arbeitskräften die konstituierenden Elemente dieses Wachstumsprozesses. Ein Korrelat auf der Absatzseite ist der Export von Fertigerzeugnissen, ein anderes der gastarbeiterinduzierte Güterbedarf. Schließlich bilden die Vergeudungsstrategien im Spätkapitalismus eine hinreichende Gewähr dafür, daß dieser Prozeß nicht durch systemimnente Schwierigkeiten behindert wird. Das Ergebnis ist eine beschleunigte Kapitalakkumulation.

Die Gastarbeiter wirken auch auf die Gestaltung des Produk-

¹⁰⁾ Vgl. Überschriften wie: Gastarbeiter „schlucken“ ein Drittel des Exportüberschusses. In: Handelsblatt, 11. 4. 1972.

¹¹⁾ Ch. Rosenmöller, a. a. O., S. 235.

¹²⁾ So etwa K. Kaiser: Volkswirtschaftliche Aspekte der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. In: Gastarbeiter = Mitbürger, Gelnhausen 1971, S. 98 ff.

¹³⁾ Rede des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 13. 3. 1972 (Hervorhebung von uns).

¹⁴⁾ Ch. Rosenmöller, a. a. O., S. 233.

¹⁵⁾ H. Berie: Finanzielle und ökonomische Auswirkungen eines Geburtenrückgangs. In: Bundesarbeitsblatt 5 (1971), S. 337.

tionsprozesses in einer Weise ein, die den Interessenten der Kapitalseite nützt. Sie mindern den Zwang zur Erhöhung der Kapitalintensität, sie geben einen größeren Spielraum für die Anwendung oder Vermeidung von technischem Fortschritt je nach den Rückwirkungen auf die Kapitalrentabilität. Raschere Kapitalakkumulation, Verfügbarkeit von Arbeitskräften und gesicherte Absatzmöglichkeiten erlauben eine Expansion des industriellen Sektors, die unter anderen Umständen vom Arbeitsmarkt her beschränkt würde. Offensichtlich ist, daß die Unternehmer und Kapitalgeber ihren Nutzen aus dem Wachstumsschub ziehen. Sie können einen Teil des Produktionszuwachses in der Form von Profiten an sich ziehen. Ein weiterer Teil wird an die ausländischen

Arbeitskräfte als Lohn ausgezahlt.

Erst nach Abzug dieser Komponenten können dann die spitzen Rechnungen ansetzen, welche nachweisen wollen, daß „wir alle“, daß auch die Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit von dem Einsatz der Ausländer in der einen oder anderen Weise profitieren. Wir bezweifeln, daß sich solche Berechnungen, die man hin und wieder findet, vernünftigerweise anstellen lassen. Jedoch lassen bereits überschlägige Abschätzungen erkennen, daß die Größenordnungen einfach ins Maßlose verzerrt worden sind.

Ins Zwielficht gerät das Wohlstandsargument auch aus dem Blickwinkel der Bildungsökonomie. Nach allem, was in den vergangenen Jahren über die

Wachstumswirkung von Bildung und Ausbildung und über die Rentabilität von „investments in education“ erarbeitet worden ist, hätte die Behauptung irritieren müssen, daß an die 10% sprachloser Analphabeten in der Erwerbsbevölkerung für das Wohlergehen der restlichen 90% konstitutive Bedeutung haben sollen.

Die sozialen Folgen und Begleiterscheinungen fallen natürlich völlig aus dem volkswirtschaftlichen Rechnungszusammenhang heraus. Auch hier können wir nur einzelne Gesichtspunkte schlaglichtartig beleuchten. So ist zu fragen nach dem Selbstverständnis einer Gesellschaft, die viele wichtige Funktionen bis hin zu den Pflegeberufen einkommens- und ansehensmäßig so weit deklassiert, daß sie von der einheimischen

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Carsten R. Moser

TOURISMUS UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Besonders in Spanien hat die bemerkenswerte Entwicklung des Massentourismus einen entscheidenden Beitrag zur Industrialisierung des Landes und damit zur Verwirklichung wichtiger wirtschaftspolitischer Ziele geleistet. Neben der umfassenden Analyse der von der spanischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur Tourismusförderung werden die Möglichkeiten geprüft, die andere Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben, die positiven Aspekte der spanischen Tourismuspolitik zu übernehmen.

Großoktav, 277 Seiten, 1972, Preis brosch. DM 24,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Bevölkerung gemieden werden. Vergleichen wir etwa den Beruf der Krankenschwester mit dem einer Sekretärin, so zeigt sich deutlich, daß die soziale Priorität in einem eklatanten Widerspruch zur faktischen sozialen Einstufung steht. Sekretärinnen und Krankenschwestern sind knapp. Im einen Fall wird der Beruf durch Geld und Prestige attraktiv gestaltet, im anderen Fall wird zur Deckung des Bedarfs auf Korea und die Philippinen zurückgegriffen.

Disproportionale Produktionsausdehnung

Zum anderen ändern sich die Kriterien der persönlichen Wohlfahrt in den verschiedenen Lebensphasen. Die Steigerung der materiellen Produktionen trifft auf die besondere Präferenzstruktur der jüngeren erwerbstätigen Bevölkerung. Die Bedürfnisse der Kinder, der Alten und der Kranken werden dagegen vernachlässigt. Dabei geht die Verweigerung der Grundbedürfnisse dieser Gruppen mit ihrer politischen Machtlosigkeit einher. Schon spricht man von Altersheimkonzernen die ausschließlich ausländisches Personal rekrutieren und so auch noch aus Fürsorgesätzen ein Quentchen Profit schlagen. Der zunehmende Einsatz fremdsprachiger Arbeitskräfte in Heil- und Pflegeanstalten bedarf wohl keiner therapeutischen Analyse.

In grotesker Verdrehung der tatsächlichen Wirkungen wird die verstärkte Anzapfung ausländischer Arbeitsmarktreserven als ein Heilmittel gegen den Arbeitskräftemangel gepriesen. Das Gegenteil ist richtig. Durch den Einsatz von Gastarbeitern wird einerseits eine disproportionale Ausdehnung der Produktionssphäre ermöglicht. Nun erfordert der Einsatz von Ausländern selbst eine Vielzahl zusätzlicher Funktionen in der öffentlichen Verwaltung, im Betreuungswesen, im schulischen Bereich etc. Diese jedoch kön-

nen größten Teils nicht von Ausländern wahrgenommen werden.

Auf der anderen Seite bildet der engere Bereich der Güterproduktion ein stets kleiner werdendes Segment der gesellschaftlichen ökonomischen Aktivitäten. Mit der Arbeiterimmigration ist an einer unauffälligen Stelle ein Ventil geöffnet worden, welches in den komplementären Bereichen, insbesondere den diversen Funktionen der öffentlichen Dienstleistungen, die Spannungen verschärft. Das geschieht auf zwei Weisen: Im Bereich der gehobenen Dienstleistungen erhöhen sich die Anforderungen, aus den untergeordneten Beschäftigungen wird deutsches Personal abgezogen.

Private Gewinne bei öffentlichen Lasten

Die Verteilungsnormen für das Sozialprodukt führen dazu, daß der Gewinnzuwachs, der das Antriebsmotiv für die Ausländerbeschäftigung bildet, den Unternehmungen zusteht (und allenfalls der Steuerpflicht unterliegt), während die Lasten von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Hierin liegt der Grund dafür, weshalb auch ein Anstieg der sozialen Belastungen nicht auf die Bedarfsentwicklung zurückwirkt. Diese Situation liegt jedoch im Augenblick vor, wo die Zahl der Zuwanderer und ihre erhöhte Selbsthaftigkeit den Gebietskörperschaften neue Anstrengungen abverlangen, um die gravierendsten Mißstände zu mildern und das Aufkommen einer Fremdenfeindlichkeit zu vermeiden.

Auch die Gastarbeiterfrage führt uns letztlich zu der kritischen Grundsatzfrage an diese Wirtschaftsordnung, inwieweit die Wachstumszwänge einer kapitalistischen Wirtschaft zur Grundnorm der Formen des Zusammenlebens erhoben werden.

Vom Staat Hilfe zu erwarten, heiße, seine Funktionen zu ver-

kennen. Vielmehr fügt sich die Gastarbeiterpolitik gefällig ein in die mannigfachen Formen staatlicher Regulierung der Wirtschaftstätigkeit im Spätkapitalismus.

Suche nach neuen Strategien

Der Staat unterhält seit langem ein umfassendes organisatorisches Netz zur Rekrutierung ausländischer Arbeitnehmer, das weniger durch gesellschaftlich reflektierte Maximen, sondern durch die Nachfrage der Wirtschaftssektoren gesteuert wird. Die vergangenen Jahre waren darüber hinaus durch Bemühungen gekennzeichnet, die notwendigen Voraussetzungen (Unterbringung, Infrastruktur, Konditionierung der öffentlichen Meinung) für die weitere Aufstokkung des Ausländerpotentials zu schaffen. Heute melden die Innenministerien ihre spezifischen – und teilweise konträren Ressortinteressen bei der Formulierung der Gastarbeiterpolitik an. Der Wissenschaftler notiert hier, daß die Suche nach zukünftigen Strategien von einem Schleier der Geheimhaltung umgeben ist¹⁶⁾.

Die bisher bekannten Markierungspunkte sind aufschlußreich. Sie zeigen, daß auch die gern konstruierte Alternative von Arbeitskräfteimporten und Kapitalvertiefung in den Bereich der Fiktionen gehört. Statt dessen wird auf einmal die Förderung des Kapitalexportes betont. Was Förderung bedeutet, unterliegt für Sachkenner keinem Zweifel: „Derlei Eingriffe könnten auf Kosten der Steuerzahler durch den Staat oder mit finanziellen Anreizen (sprich: Subventionen – die Verfasser) für die Privatwirtschaft geschehen“¹⁷⁾.

¹⁶⁾ Unveröffentlicht ist immer noch eine Studie, die im Jahre 1972 im Bundesinnenministerium angefertigt worden ist. Kärglich waren auch die Verlautbarungen zu einer Konferenz, zu der sich Ministerialvertreter der Aufnahme- und Abgabebänder im Herbst 1972 in Bonn eingefunden hatten.

¹⁷⁾ Wende in der Ausländerpolitik. In: Süddeutsche Zeitung vom 10. 10. 72.

Wo liegt die Grenze der Ausländerbeschäftigung?

Josef Stingl, Nürnberg

Ende September 1972 waren in der Bundesrepublik Deutschland 2 352 000 ausländische Arbeitnehmer beschäftigt, darunter 511 600 Türken, 475 000 Jugoslawen, 426 400 Italiener, 270 200 Griechen, 184 200 Spanier, 66 000 Portugiesen sowie 26 000 Tunesier und Marokkaner. Ihre Zahl hat sich seit 1968 mehr als verdoppelt, seit 1963 nahezu verdreifacht und seit 1960 sogar verachtfacht.

Über diesen großen Anstieg und seine möglichen Folgen wird gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland erstmals umfassend diskutiert. Ich finde diese Diskussion gesellschaftspolitisch außerordentlich positiv, weil sie deutlich macht, wie viele Probleme mit der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer verbunden sind. Sie gehen weit über den Arbeitsmarkt hinaus und stellen sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den Heimatländern der ausländischen Arbeitnehmer. Eindeutige Lösungen für diese Probleme — das wird immer deutlicher — gibt es nicht.

Wichtiger Bestandteil der Wirtschaft

Bei der Diskussion darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß der deutsche Arbeitsmarkt nicht auf die ausländischen Arbeitnehmer verzichten kann. Sie sind längst zu einem nicht mehr wegzudenken-

den Bestandteil unserer Wirtschaft geworden. Ausländische Arbeitnehmer haben einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung geleistet und leisten ihn noch.

Die Forderung, die Ausländerbeschäftigung abzubauen, wäre deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch. Das gleiche gilt für eine Begrenzung der Ausländerbeschäftigung auf den augenblicklichen Stand. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die vermehrte und längere Bildungsbeteiligung, der längere Urlaub, die kürzere Arbeitszeit, die flexible Altersgrenze u. a. werden in den nächsten Jahren die Zahl der inländischen Erwerbspersonen vermindern. Erst ab etwa 1975 werden selbstregulierende Kräfte am Werk sein, die das inländische Erwerbspersonenpotential wieder ansteigen lassen.

Die Frage, ob sich der Anstieg der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in den nächsten Jahren im bisherigen Umfang fortsetzen soll, ist damit allerdings nicht bejaht. Im Gegenteil. Ich möchte sie verneinen. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer läßt sich nicht ungestraft weiter und weiter erhöhen. Einmal wird ein Punkt erreicht, von dem ab ein weiteres starkes Wachstum der Ausländerbeschäftigung die Gefahr wirtschaftlicher Fehlentwicklungen in sich birgt. Wo dieser Punkt allerdings genau liegt,

kann ich nicht sagen. Diese Frage, die mir immer wieder gestellt wird, läßt sich nicht wissenschaftlich exakt beantworten. Zu viele Unbekannte würden jede Rechnung fehlerhaft machen. Ich kann aber Anhaltspunkte nennen, die für jedermann sichtbar sind, der sich die Verhältnisse in den Ballungsgebieten ansieht.

Starke regionale Konzentration

Drei Viertel aller ausländischen Arbeitnehmer konzentrieren sich in Nordrhein-Westfalen (28,6%), Baden-Württemberg (24,1%), Hessen (12%) und Südbayern (11,3%). In den Landesarbeitsamtsbezirken Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind damit allein mehr als die Hälfte aller ausländischen Arbeitnehmer beschäftigt. Die Ausländerquote beträgt im Bundesgebiet 10,8, in Nordrhein-Westfalen 10,9, in Baden-Württemberg 16,7, in Hessen 13,7 und in Südbayern 13,3%.

In 11 Arbeitsamtsbezirken liegt die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer über 40 000; insgesamt sind in diesen 11 Arbeitsamtsbezirken 764 000 oder 34,5% aller ausländischen Arbeitnehmer tätig. Allein in München arbeiten 145 950 oder 6,6%, in Frankfurt 112 100 oder 5,1% und in Stuttgart 104 800 oder 4,7%. Die 3 Städte zusammen beherbergen 16,4% aller ausländischen Arbeitnehmer.

Die starke geographische Konzentration läßt sich auch an den Zahlen der ausländischen Wohnbevölkerung ablesen. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 leben in 260 Kreisen — das sind zwei Drittel des Bundesgebietes — ein Zehntel aller Ausländer. In 196 Kreisen — das sind 30 % des Bundesgebietes — wohnen 40 % der Ausländer. Dicht von Ausländern besiedelt sind 86 Kreise mit nicht ganz 4 % der Fläche des Bundesgebietes und 50 % aller ausländischen Arbeitnehmer.

Die Zahlen zeigen: Gerade in den Ballungsräumen, in denen es ohnehin an Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Wohnungen usw. fehlt, leben überproportional viele Gastarbeiter. Die Schwierigkeiten, die die

Kommunen bisher schon bei der Finanzierung der fehlenden Infrastruktur hatten, werden dadurch noch größer. Ein anhaltender starker Anstieg der Ausländerbeschäftigung könnte die Probleme schließlich unlösbar machen, weil der für jede Finanzierung notwendige Wachstumsraum ausgeschöpft ist.

Verpflichtungen gegenüber Ausländern

Das wäre nicht nur der eigenen Bevölkerung gegenüber unverantwortlich, sondern auch den Ausländern gegenüber, die man ins Land holt. Eine Kommission der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland hat unlängst mit Recht darauf hingewiesen, daß die Anwer-

bung von Ausländern mit Verpflichtungen verbunden ist. Zu einem Europa der zerstörten Familien — so formulierte die Kommission — darf es nicht kommen. Auch der Versuch der „Eindeutschung“ ist meiner Ansicht nach sehr bedenklich. Sprache, Geschichte, Kultur, Tradition und Religion sind Persönlichkeitswerte, die den Menschen prägen und die ihm deshalb nicht genommen werden dürfen.

Auch die Heimatländer der ausländischen Arbeitnehmer können nicht auf Dauer an einer weiteren Steigerung der Abwanderung ihrer Bevölkerung in die Industriestaaten interessiert sein. Die Abwanderung gerade der strebsamen Arbeitnehmer erschwert eine eigene Industrie-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Heinz-Dieter Weiß

PREISDIFFERENZIERUNG UND FUNKTIONSFÄHIGER WETTBEWERB

Diskriminierungsverbote sind wichtige Bestandteile der Wettbewerbsregelungen in vielen Staaten mit marktwirtschaftlicher Ordnung. Die vorliegende Studie trägt durch die Verbindung wettbewerbstheoretischer und wettbewerbsrechtlicher Aspekte im Rahmen einer umfassenden Analyse zu einer sachgerechten Lösung der wettbewerbspolitischen Problematik von Preisdiskriminierungen bei. Vor dem Hintergrund der Bestrebungen, die Diskriminierungsverbote im Montanunion-Vertrag und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu ändern, ist sie von besonders aktueller Bedeutung.

Großoktav, 422 Seiten, 1972, Preis brosch. DM 50,80

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

ansiedlung und damit die Entwicklung dieser Länder. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die die Europäische Gemeinschaft auch einigen assoziierten Staaten zugestehen will, darf nicht dazu führen, daß ein Europa der verarmten Randstaaten entsteht. Alle Beteiligten hätten sicher mehr davon, wenn die Arbeitsplätze dort geschaffen werden, wo sie fehlen, anstatt immer mehr Arbeitnehmer in die Industriegebiete des Kontinents zu ziehen. Es ist dringend erforderlich, daß die aus den Industriestaaten zurückkehrenden, an industrielle Arbeitsplätze gewöhnten Arbeitnehmer ihre Erfahrung im Heimatland verwerten können.

Mehr qualifizierte Ausländer

Ich habe die Probleme angedeutet, die die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für das Gastgeberland, die Heimatländer und die ausländischen Arbeitnehmer selber mit sich bringen. Der Schluß, den wir daraus ziehen müssen, lautet stark verkürzt: Unsere Wirtschaft braucht für die nächsten Jahre noch einige ausländische Arbeitnehmer mehr, aber sehr viel mehr kann unser Land, ohne Risiken einzugehen, nicht aufnehmen. Die Zunahme wird sich auf jeden Fall verlangsamen müssen. Dies ist auch möglich, wie sich in dem letzten Jahr schon gezeigt hat. Ziel darf in Zukunft nicht mehr eine möglichst hohe Zahl von Vermittlungen sein. Die berufliche Qualifizierung der Ausländer muß in den Vordergrund rücken.

Das wirft allerdings auch Probleme auf. Das Angebot an beruflich qualifizierten bzw. teilqualifizierten ausländischen Arbeitnehmern in den Anwerbeländern hat abgenommen. Fachkräfte sind allenfalls noch über die gezielte berufliche Vorausbildung in den Heimatländern zu gewinnen. Finanzielle Beteiligung der interessierten deut-

schen Arbeitgeber an den hierdurch erwachsenden Ausbildungskosten und gute Ausbildungsstätten in den Anwerbeländern sind Voraussetzungen dafür.

Intensivierung der Vorausbildung

Nach dem Arbeitsförderungsgesetz kann die Bundesanstalt für Arbeit die berufliche Ausbildung im Ausland finanziell nicht fördern. Sie kann aber helfen, in den Herkunftsländern die Voraussetzungen für eine Vorausbildung zu schaffen. So können Infrastrukturmaßnahmen – z. B. die Bereitstellung moderner Maschinen, die Durchführung von Sprachkursen – gefördert werden. Im Haushaltsjahr 1972 waren dafür 1,6 Mill. DM vorgesehen.

Bis Mitte des Jahres 1972 wurden in den Ländern Italien, Jugoslawien, Tunesien, Türkei und Spanien bereits etwa 9000 ausländische Arbeitnehmer vorqualifiziert und anschließend über die Auslandsdienststellen in die Bundesrepublik Deutschland vermittelt. Etwa 2000 ausländische Bewerber stehen zur Zeit noch in einer Vorausbildung.

Ich meine, daß die berufliche Vorausbildung in den Anwerbeländern allen Beteiligten dient. Sie ist für den Arbeitgeber wirtschaftlicher als eine spätere Anlernung oder Ausbildung im Betrieb, zumal die Schulung in den Heimatländern schon weitgehend auf die späteren Arbeitsplatzanforderungen ausgerichtet werden kann. Für den Arbeitnehmer macht sie den Arbeitsplatz sicherer. Sie erleichtert auch die soziale Eingliederung, da die Vorausbildung mit Sprachkursen verbunden ist.

Neben der Intensivierung der beruflichen Vorausbildung in den Anwerbeländern wird die Bundesanstalt für Arbeit auch künftig darauf achten, daß die Ar-

beitsämter keinen Vermittlungsauftrag an die Auslandsdienststellen weiterleiten, bevor nicht sorgfältig geprüft ist, ob die offene Stelle mit deutschen Arbeitskräften, vor allem mit älteren Arbeitslosen und Behindernten, besetzt werden kann. Ausländische Arbeitnehmer dürfen auf keinen Fall inländischen vorgezogen werden. Es darf nicht dazu kommen, daß zugunsten ausländischer Arbeitnehmer die Neigung abnimmt, ältere Arbeitnehmer einzustellen und zu beschäftigen, daß das Interesse an der Erschließung einheimischer Arbeitskraftreserven, z. B. Frauen, erlahmt oder Möglichkeiten des technischen Fortschritts zur Erhöhung der Produktion ungenutzt bleiben.

Eine politische Entscheidung

Der Bundesanstalt für Arbeit obliegen im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung zwar umfangreiche Aufgaben; sie kann diese Aufgaben aber auch künftig nur im Rahmen der vorgegebenen arbeitsmarktpolitischen Zielvorstellung der Bundesregierung erfüllen. Die Basis hierfür bilden gegenwärtig die §§ 1 und 2 des Arbeitsförderungsgesetzes. Danach muß die Bundesanstalt für Arbeit auch darauf hinwirken, daß ein Mangel an Arbeitskräften weder eintritt noch fort dauert. Anders ausgedrückt: Darüber, wo die Grenze der Ausländerbeschäftigung in unserem Land liegen soll, kann nur politisch entschieden werden. Meiner Ansicht nach widerspricht es nicht der Menschlichkeit, dieser Entscheidung eine Kosten- und Nutzenrechnung zugrunde zu legen. Die Folgen, die eine falsche Entscheidung zeitigen würde, rechtfertigen sie.

Eine politische Entscheidung zur Ausländerbeschäftigung kann allerdings nicht mehr nur national getroffen werden. Das

Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaften läßt sich schwerlich wieder zurücknehmen. Auf lange Sicht geht es deshalb nicht ohne eine gesamteuropäische Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik. Ungleichgewichte in Europa, die bisher zu einer einseitigen Wanderungsbewegung von Arbeitskräften geführt haben, müssen abgebaut werden.

So halte ich es beispielsweise für falsch, daß die Europäische

Gemeinschaft der Türkei im Assoziierungsabkommen zugestanden hat, von 1976 bis 1986 schrittweise die volle Freizügigkeit einzuführen, ohne eine Möglichkeit zur Beseitigung der Ursachen des bereits bestehenden Wanderungsdrucks zu haben. Die Folge wird ein Run auf die Bundesrepublik sein.

Wie bereits eingangs gezeigt, arbeiten bei uns schon heute über 500 000 Türken. Nach einem Bericht der deutschen Verbin-

dungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit in Istanbul will eine weitere Million Türken vornehmlich in die Bundesrepublik Deutschland. Wie realistisch diese Zahl ist, zeigen die langen Wartezeiten bei Vermittlungen. Zu diesem Run auf die Bundesrepublik darf es aber nicht kommen. Mit einem Chaos ist niemandem gedient. Im Interesse der Betroffenen muß eine Regelung für eine assistierte Wanderung gefunden werden.

Soziale Ungleichgewichte durch Ausländerbeschäftigung

Walter Arendt, Bonn

Die Ausländerbeschäftigung hat gegenwärtig ihren bisher höchsten Stand erreicht. Dies ist eine Meinung, die in der laufenden Berichterstattung der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeitsmarktentwicklung seit Jahren immer wieder erscheint. Nicht wenige Bürger beobachten die augenscheinlich unaufhaltsam nach oben gerichtete Tendenz der Ausländerzahlen mit Argwohn oder sogar wachsendem Unbehagen. Sie stellen die zweifelnde Frage, ob es für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft wirklich notwendig ist, daß immer mehr Ausländer bei uns tätig werden.

Positiver Beitrag zur Entwicklung

Diese Skepsis ist verständlich. Nur müssen wir uns davor hüten, die eigene Einsicht zum allgemeinen Beurteilungsmaßstab für das Problem der Ausländerbeschäftigung zu machen. Wer von uns ermißt schon die

Schwere des Entschlusses, viele hundert Kilometer von der Heimat entfernt, unter ungewohnten klimatischen Verhältnissen bei fremden Menschen mit anderer Kultur und anderen Sitten eine Arbeit aufzunehmen? Allzu häufig ist es die nackte Not, die die Menschen zu diesem Schritt zwingt.

Auch sollten wir nicht vergessen, daß die Ausländer mit ihrem Fleiß und ihrer Anpassungsbereitschaft einen insgesamt positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geleistet haben: Seit 1967 kompensiert der Zugang von ausländischen Arbeitskräften ganz überwiegend den zu dieser Zeit spürbar einsetzenden Rückgang der Zahl der deutschen Erwerbstätigen, welcher vornehmlich durch den ungünstigen demographischen Aufbau der Bevölkerung und eine abnehmende Erwerbsbeteiligung infolge verlängerter Ausbildungszeiten verursacht wurde. Die Unternehmen konnten freigewordene Arbeits-

plätze rasch wieder mit Ausländern besetzen. Auf diese Weise wurden Wachstumsverluste vermieden.

Verringerung von Reibungsverlusten

In diesem Zusammenhang ist noch folgendes bedeutsam: In unserer hochentwickelten und vollbeschäftigten Wirtschaft vollzieht sich ein stetiger technisch-struktureller Wandel. Diese Veränderungen stellen hohe Anforderungen an die berufliche und räumliche Beweglichkeit der Erwerbstätigen. Nicht selten gibt es Anpassungsschwierigkeiten. Es war bisher auch ein Verdienst der ausländischen Arbeitnehmer, daß die Reibungsverluste, die im Zuge solcher Umstellungen auftreten, in der Bundesrepublik verhältnismäßig gering geblieben sind. Die Ausländer lassen sich in der Regel leichter als die meist örtlich stärker gebundenen deutschen Erwerbstätigen in die Brennpunkte des Arbeitskräftebedarfs vermitteln.

Sie decken einen Teil der gesamtwirtschaftlich notwendigen Mobilität.

Nach den vorliegenden Schätzungen wird die Zahl der deutschen Arbeitskräfte in den kommenden Jahren nicht mehr nennenswert abnehmen. Bis 1985 wird sie — bedingt durch die hohen Geburtenziffern in den 50er und frühen 60er Jahren — sogar spürbar ansteigen.

Ein weiteres starkes Anwachsen der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wäre mithin als Zusatzbeschäftigung anzusehen, die nur über erweiternde Arbeitsplatzinvestitionen verwirklicht werden kann. Die hierfür und für die Eingliederung der Ausländer in unsere Gesellschaft erforderlichen Mittel, zum Beispiel für Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Bildung, Verkehr, allgemeine Verwaltung und ähnliches, sind beträchtlich.

Diese notwendigen Zusatzaufwendungen im Falle einer weiter stark steigenden Ausländerbeschäftigung müssen im Zusammenhang mit dem raschen Zugang von ausländischen Arbeitnehmern in den vergangenen Jahren und der gegenwärtigen Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur beurteilt werden.

Überbelastung der sozialen Infrastruktur

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer mehr als verdoppelt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer des einzelnen Ausländers steigt. Immer mehr ausländische Arbeitnehmer leben zusammen mit ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Dadurch nehmen zwangsläufig die Anforderungen an die verschiedenen Einrichtungen und Dienste im Bereich der sozialen Infrastruktur zu. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur hat dagegen mit den gestiegenen Anforderungen nicht in allen Bereichen Schritt gehalten. Es gibt Mißverhält-

nisse zwischen der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur.

Das gilt vor allem für die Ballungszentren, wo teilweise bereits jeder fünfte Arbeitnehmer ein Ausländer ist. Obwohl die soziale Infrastruktur in diesen Regionen in kaum noch tragbarer Weise überbelastet ist, hält der Zuzug von Ausländern in die Verdichtungsgebiete unvermindert an. Diese Tendenz birgt die Gefahr gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen in sich und muß zu immer schwerer zu korrigierenden Störungen des sozioökonomischen Gleichgewichts führen.

Die Bundesregierung wird ihren Beitrag zur Verminderung des gesellschaftspolitisch bedenklichen Defizits bei der sozialen Infrastruktur leisten. Sichtbare Erfolge werden in absehbarer Zeit jedoch nur zu erreichen sein, wenn die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nicht mehr so rasant steigt wie in den letzten Jahren.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers im Rahmen seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 zu den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer zu sehen sind. Dort heißt es unter anderem: „Es ist ... notwendig geworden, daß wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten. Wir dürfen das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils allein überlassen.“

Mindestanforderungen an die Lebensbedingungen

Ziel aller Bemühungen muß es sein, dem hier arbeitenden Ausländer im Rahmen der Gesetze eine gewisse Sicherheit über seinen weiteren Aufenthalt

zu geben und für ihn Lebensbedingungen zu schaffen, die unseren Maßstäben entsprechen. Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern muß daher an die Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur angepaßt werden.

Die Bundesregierung hat bereits Schritte in dieser Richtung unternommen:

Seit April 1971 sind die Richtlinien für angemessene Unterkünfte den modernen Mindestanforderungen angepaßt worden.

Bis November 1972 war es Staatsangehörigen von Ländern, mit denen die Bundesregierung eine Anwerbevereinbarung abgeschlossen hat, möglich, eine Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen, ohne die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch zu nehmen. Davon haben viele Ausländer Gebrauch gemacht. Dieser Weg ist Ende vergangenen Jahres grundsätzlich gesperrt worden. Die nunmehr zwingend erforderliche Einschaltung der Bundesanstalt für Arbeit bei der Vermittlung des weitaus größten Teils der ausländischen Arbeitnehmer hat unter anderem zur Folge, daß die Unternehmer angemessene Unterkünfte für die anzuwerbenden Arbeitskräfte nachweisen müssen. Außerdem haben sie zu versichern, daß Deutsche und Ausländer für vergleichbare Tätigkeit gleichen Lohn erhalten. Damit soll einer Diskriminierung der Ausländer vorgebeugt werden.

Die Bundesregierung wird weitere Schritte unternehmen, um ein gesellschaftspolitisch hinreichendes Gleichgewicht zwischen der Aufnahmefähigkeit der Infrastruktur und den berechtigten Forderungen unserer ausländischen Mitbürger herzustellen. Einen Schwerpunkt werden dabei die Ballungsgebiete bilden, in denen die Probleme besonders gravierend sind.